

Weder Barbar noch Friedensengel

Das gemeinsame europäische Haus: Wiederauferstehung von Wandel durch Annäherung?

Von Margarita Mathiopoulos

Mit Unterstützung der Pressestiftung Tagesspiegel hat das Aspen Institut Berlin eine Reihe international besetzter Studiengruppen eingesetzt, die sich vor allem mit Fragen des künftigen Verhältnisses zwischen Europa und den Vereinigten Staaten beschäftigen. Auf einer Pariser Tagung wurde kürzlich erörtert, wie weit die von Gorbatschow entwickelten Vorstellungen eines „gemeinsamen europäischen Hauses“ mit den Zielen der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa übereinstimmen, zu deren Teilnehmerländern neben den Staaten Europas auch die Vereinigten Staaten und Kanada gehören. Für diese Tagung entstand der Beitrag der Assistenz-Direktorin des Aspen Institutes Berlin, den wir im Folgenden abdrucken.

„Und nun“, schrieb 1911 der griechische Poet C-vafys, „was soll aus uns werden ohne Barbaren? Diese Leute waren doch eine Art von Lösung für uns.“ Die Idee des Barbarentums ist eines der immer wiederkehrenden Motive im soziokulturellen Bewußtsein Europas. War der Begriff von „Barbaren“ nicht stets in der Geschichte Ausdruck eines bequemen Feindbildes, das die eigene Anhängerschaft solidarierte und mobilisierte sowie differenzierte Kenntnis und Analyse des Fremden überflüssig machen sollte? Den ideologischen Gewinn dieses Feindbildes wußte man bereits in der Antike zu schätzen. Als Barbaren galten all diejenigen, die nicht das Privileg der paideia (Erziehung und Bildung zu griechischen, später römischen Staatsbürgern) genießen konnten. Auch im Mittelalter taucht das Motiv des Barbarentums wieder auf: Fanatische Kreuzzüge werden gegen die „Ungläubigen“ geführt, gegen Hunnen und Araber, Slawen und Türken! In den Zeitaltern der Kolonisierung entdeckte man die Barbaren der Neuzeit: Indianer, Afrikaner und Asiaten. Europa stand stets für Zivilisation, Kultur und Christentum, dagegen die „Dritte Welt“ für Wildnis, Heiden- und Barbarentum.

Die modernen Ideologien des 20. Jahrhunderts, Kommunismus und Nationalsozialismus, schufen ihre neuen „Barbaren“. Die einen verfolgten Kapitalisten und Konterrevolutionäre, die anderen Nichtarier, Juden und Bolschewisten. Allerdings sollten dieses Mal die Europäer mit den Barbaren Hitler und Stalin ihre zivilisierte Unschuld, die Deutschen durch das nationalsozialistische Trauma und die Teilung ihres Landes, ihre Identität, einbüßen. Nach 1945 zeigte sich, daß auch freiheitliche Demokratien ihre Feindbilder brauchen. Ronald Reagan unterschied zwischen dem „Reich des Bösen“ in der Sowjetunion und seinem eigenen Land, dem „Reich des Guten“.

L

Seit Michail Gorbatschow 1985 die politische Weltbühne betreten hat, ist die europäische Nachkriegsordnung ins Wanken geraten. In Ost und West scheinen traditionelle Feindbilder nicht mehr zu greifen. Gorbatschows innenpolitisches Programm, mit Glasnost und Perestrojka die russische Gesellschaft für einen „sozialistischen Pluralismus“ zu öffnen und sein außenpolitisches Konzept, die Breschnew-Doktrin in Vergessenheit geraten zu lassen, bis zum Jahr 2000 die weltweite Beseitigung aller Kernwaffen durchzusetzen, und vor allem ein „gemeinsames europäisches Haus“ zu errichten, erschweren es dem Westen neuerdings immens, in ihm wie bei seinen Vorgängern, den kommunistischen Barbaren“ wiederzuerkennen. Daß der erste Mann im Kreml die europäische Frage in den schillernden Begriff des „gemeinsamen europäischen Hauses“ kleidet und gerade zum jetzigen Zeitpunkt wieder-aufleben läßt, ist wohl durchdacht.

Wir befinden uns in einer Phase epochalen Wandels was die Strukturen und Fundamente der Nachkriegsordnung angeht: Die Teilung Europas wird zwar als die tragische politische Konsequenz anerkannt, aber nicht mehr als endgültiges historisches Faktum akzeptiert; am wenigsten von den Deutschen. Wenn heute von Europa die Rede ist, dann denken wir nicht mehr -allein an West-, sondern auch an Osteuropa. Wir befinden uns in einer Phase der europäischen Identitätssuche in der man sich offen zu Gedankenspielen wie der Mitteleuropadee, der Europäisierung der NATO oder Europa den Europäern bekennt.

Gleichzeitig einher mit diesen wachsenden Selbstbehauptungstendenzen Europas geht ein relativer Rückgang der amerikanischen Hegemonie - trotz Reagans psychologischer Rhetorik der Stärke, wie sie für die Ära des Kalten Krieges charakteristisch war. Anregende Beispiele des vermeintlichen Niedergangs der Weltmacht USA finden sich in der kulturpessimistischen Literatur der Amerikaner Alan Bloom, Paul Kennedy oder David Calleo.

Was will Michail Gorbatschow, von dem bekanntlich der Begriff vom „europäischen Haus“ gar nicht stammt, von uns Europäern? Es war Leonid Breschnew, der diesen Begriff bei seinem Besuch in Bonn im November 1981 zum ersten Mal benutzte. Sein Außenminister Andrej Gromyko wiederholte die Metapher im Januar 1983, ebenfalls in Bonn. Beide Politiker erregten jedoch kein Aufsehen damit. Erst unter Gorbatschow wird das „europäische Haus“ zu einem Schlüsselwort sowjetischer Innen- und Außenpolitik. Eleganter formuliert im April 1987 der Generalsekretär die neue sowjetische Philosophie so: „Wir wenden uns jetzt entschieden gegen die Teilung des Kontinents in einander entgegengesetzte Militärblocke, gegen die hier aufgehäuften Waffenarsenale, gegen alles, was eine Quelle der Kriegsgefahr ist. Im Licht der neuen Denkweise haben wir die Idee des gemeinsamen europäischen Hauses eingeführt. Das ist keine schönklingende Phantasie; es ist das Ergebnis einer ernsthaften Analyse der Situation auf diesem Kontinent.“

Wie sieht diese „ernsthafte Analyse der Situation“ nun aus? Was sind Gorbatschows Motive, wenn er vom „europäischen Haus“ spricht, damit lockt und dafür wirbt? Drei Grundüberlegungen bieten sich aus seinem bisherigen Reden und Handeln an:

Erstens, der Generalsekretär weiß, daß in einer Welt, die durch eine zunehmende Internationalisierung der Märkte gekennzeichnet ist, die Sowjetunion auf Dauer nur dann eine Großmacht bleiben kann, wenn sie Anschluß an die Hochtechnologie und die ökonomische Leistungskraft des Westens findet. Deshalb muß Gorbatschow die Amerikaner, vor allem aber die Westeuropäer, für seine Politik der Modernisierung der sowjetischen Wirtschaft gewin-

nen. Nicht mehr Niederzwingung des Westens oder gar militärische Besetzung sind die Ziele Moskaus, sondern Nutzung des technisch-wirtschaftlichen Know-how für das eigene Land. Das geht aber nur, wenn militärische Konfrontation durch eine friedlich kooperierende Wohngemeinschaft in Europa abgelöst wird.

Warum soll das nicht gelingen? Hatte nicht schon vor 300 Jahren ein russischer Politiker, Peter der Große, erfolgreich das Wagnis unternommen, Rußland gegenüber dem Westen zu öffnen? Parallelen drängen sich auf. Wie heute war auch das Rußland des ausgehenden 17. Jahrhunderts gänzlich rückständig, in jeder Beziehung weit hinter die damaligen Großmächte Niederlande, England und Schweden zurückgefallen. Selbst Preußen schickte sich an, eine leistungsfähige Großmacht zu werden. Wie heute Gorbatschow, so glaubte auch Peter, die Rückständigkeit Rußlands nur durch die Öffnung zum Westen aufholen zu können. Und so reiste er als Zar und Zimmermann in den Westen, eignete sich und seinem Stab modernes Wissen an und holte Experten ins Land - Schiffsbauer, Architekten, Militärstrategen bis hin zu Philosophen (Leibniz). Damals wie heute gab es seiner Politik offen gegenüberstehende Kräfte im Westen, die gerne das Angebot einer Zusammenarbeit wahrnahmen, aber auch „Ungläubige“, die Peter nichts zutrauten und an eine Veränderung Rußlands nicht glauben wollten, der russische Bär würde immer der russische Bär bleiben. Ebenso gab es damals wie heute konservative Kräfte, eine Opposition im eigenen Land. Den Modernisierungsplänen Peters des Großen stellten sich Bojaren (Adel) und orthodoxe Kirche in den Weg. Kurzerhand ließ Peter, bis auf die Geistlichen, allen seinen Widersachern die Bärte - Symbole des Anachronismus - abschneiden. Wer sich dem neuen Gesetz verweigerte, mußte eine Bärsteuer entrichten. Peter setzte sein neues Denken schließlich durch. Gorbatschow muß heute gegen Parteiapparat und Mißmanagement ankämpfen. Die Rolle der Bojaren haben heute die Bürokraten übernommen; die der orthodoxen Kirche die Ideologen des Marxismus-Leninismus.

Wird Gorbatschows neues Denken sich auch durchsetzen? Wie Peter wird sich auch Gorbatschow über kurz oder lang westliche Experten und Manager ins Land holen, so wie es die Chinesen bereits seit Jahren praktizieren. Über Schulen zur Ausbildung sowjetischer Manager wird schon seit über einem Jahr gesprochen. Die enge wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik (Deutsche Bank, Salamander, Liebherr, Burda u. a. m.) floriert und es sind auch neue Geschäfte durch Helmut Kohls Herbstreise in die Sowjetunion zu erwarten. Der deutsche Außenminister brachte von seiner jüngsten Moskau-Reise in seinem Gepäck gleich ein neues Projektvorhaben mit: Siemens soll, wenn alles gut geht, die

ganze Sowjetunion mit einem digitalen Fernmeldesystem ausstatten.

Wie stark ökonomische Zielsetzungen die These vom „europäischen Haus“ beeinflussen, verdeutlicht Gorbatschows Buch „Perestrojka“: „Der Aufbau des ‚europäischen Hauses‘ erfordert ein reales Fundament ... Das wirtschaftliche, wissenschaftliche und technische Potential Europas ist gewaltig. Es ist zwar verzettelt ... Dennoch sind der gegenwärtige Stand der Dinge in wirtschaftlicher Hinsicht sowohl im Westen als auch im Osten sowie die realen Aussichten so, daß sie es durchaus ermöglichen, einen Weg für eine Verknüpfung von ökonomischen Prozessen in beiden Teilen Europas zum Wohle aller zu finden ... Sicherlich würde all das die gegenseitige Abhängigkeit der europäischen Staaten untereinander erhöhen, doch das wäre zum Vorteil aller und würde zu größerer Verantwortung und Selbstbeherrschung beitragen.“

Zweitens, um die angestrebte Verbesserung der ökonomischen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit zur Sanierung der maroden sowjetischen Wirtschaft zu erreichen, muß der Generalsekretär die Europäer von der Ernsthaftigkeit seines Friedenswillens überzeugen. Hier liegt ein weiteres Motiv für die Propagierung eines „europäischen Hauses“: Es soll die Entspannungspolitik unumkehrbar machen, Strukturen der Konfrontation abbauen und so den Westeuropäern die Angst nehmen, mit der Intensivierung ökonomischer Kooperation würde letztlich nur ein gefährlicher Gegner gestärkt werden. Gorbatschows fast monatlichen Abrüstungsvorschläge – besonders verlockend die Idee atomwaffenfreier Zonen – nicht zuletzt auch um die Unsummen, die der sowjetische Rüstungshaushalt Jahr für Jahr verschlingt, in die eigene Wirtschaft umzuleiten, sollen die Friedfertigkeit, den defensiven Charakter sowjetischer Militärdoktrinen, unterstreichen. Gorbatschow braucht also ein friedvolles „europäisches Haus“, um Vertrauen für Zusammenarbeit mit dem Westen zu verbreiten und um neue Ressourcen zur umfassenden Modernisierung seines Landes freisetzen zu können. Die Kehrtwendung Moskaus in der Frage der Mittelstreckenraketen, die schließlich das INF-Abkommen ermöglichte, die vom Warschauer Pakt signalisierte Bereitschaft, Asymmetrien im Bereich der konventionellen Rüstung in Europa wegzuverhandeln, der Abzug der Roten Armee aus Afghanistan und die konstruktive Haltung des Kreml in regionalen Konflikten wie im südlichen Afrika, in Kambodscha oder im Nahen Osten sind eindrucksvolle Signale einer neuen sowjetischen Disengagementpolitik – in ihrem eigenen Interesse.

Drittens schließlich verfolgt Gorbatschow mit dem Gedanken vom „europäischen Haus“ das innenpolitische Ziel, die Sowjetunion bewußt als europäische Macht darzustellen, um auf diese Weise die brisanten Nationalitätenprobleme der Sowjetrepubliken in den Griff zu bekommen und die Vorherrschaft des russisch-europäischen Elementes gegenüber den asiatischen Teilen der Sowjetrepubliken zu zementieren. Wie Peter der Große mit Hilfe der Europäisierung Rußlands den Zerfall des heterogenen russischen Reichs aufhalten wollte, so ist Gorbatschow fest entschlossen durch die Europäisierung der Sowjetunion den russischen Vielvölkerstaat zusammenzuhalten; den Bundesstaat soll nicht das gleiche Schicksal des allmählichen Zerfalls ereiden, daß das Osmanische und Habsburger Reich erleiden mußten. Für Gorbatschow, am Rande Asiens (Stawropol) geboren, scheint diese Frage von größter Wichtigkeit zu sein – das europäische Bewußtsein der verschiedenen russischen Nationalitäten unter einem europäischen Dach wiederaufleben zu lassen, um somit Macht und Einfluß über sie aufrechtzuerhalten. In diesem Kontext läßt sich auch die Aufwertung der orthodoxen Kirche erklären; nicht aus Liberalität empfing

Gorbatschow den Patriarchen, sondern um europäisches Traditionsbewußtsein, das das Oberhaupt der Orthodoxie verkörpert, zu dokumentieren. So ändern sich eben die Zeiten. War für Peter die Kirche ein konservativer Hemmschuh gegenüber seinen Modernisierungsplänen, so scheint sie für Gorbatschow ein willkommenes Mittel zur Erfüllung seiner Europapolitik zu sein. Über das europäische Erbe der Sowjetunion läßt der Generalsekretär keinen Zweifel: „Wir sind Europäer. Das alte Rußland war durch das Christentum mit Europa verbunden, und die Tausendjahrfeier seiner Verbreitung im Land unserer Vorfahren wird das nächste Jahr kennzeichnen. Die Geschichte Rußlands ist ein elementarer Bestandteil der großen Geschichte Europas. Die Russen, Ukrainer, Weißrussen, Moldauer, Litauer, Letten, Esten, Karelier und andere Volksstämme unseres Landes haben in beträchtlichem Maße zur Entwicklung der europäischen Kultur beigetragen. Deshalb betrachten sie sich zu Recht als deren rechtmäßige Erben.“

Dennoch, die Frage bleibt, ob und inwieweit die Sowjetunion von ihrer Geschichte und Kultur eine europäische Macht ist; ob die UdSSR zum „mitteleuropäischen Kulturkreis“ zu zählen ist, oder ob man sie in eine „unzivilisierte“ asiatische Tradition und „barbarische Gegenkultur“ stellen muß, die den Rechten des Menschen und dem Liberalismus europäischer Prägung feindlich gegenübersteht, wie im September 1983 in Wien Vizepräsident George Bush bei einer Rede betont hatte. Eindringlich hatte Bush damals darauf hingewiesen, daß Rußland an den drei großen geistesgeschichtlichen Strömungen Europas (Reformation, Renaissance, Aufklärung) nicht beteiligt gewesen sei. Erst im April 1987 ging Gorbatschow in Prag auf diese Aspekte ein: „Im Europa vom Atlantik bis zum Ural wurde die Weltzivilisation durch die Ideen der Renaissance und der Aufklärung bereichert, die humanistische Tradition und die Lehre vom Sozialismus eine machtvolle Entwicklung.“

Das „europäische Haus“ also auch als Teil russisch-sowjetischer Identitätsfindung und -stiftung? Der sowjetische Imperialismus scheint Abschied zu nehmen von seinen früheren weltweiten Expansionsabenteuern. Gilt das aber auch für das Verhältnis Moskaus zu Osteuropa, den Warschauer-Pakt-Staaten? Empfindet sie tatsächlich der Kreml, wie ein sowjetischer Wissenschaftler eines renommierten Moskauer Instituts jüngst in West-Berlin hinter vorgehaltener Hand verkündete, zunehmend als „pain in the neck“? Ist gar eine Finnlandisierung Osteuropas erwünscht?

II.

Gewiß hat Gorbatschows Vision von einem „gemeinsamen europäischen Haus“ die Phantasie vieler Zeitgenossen im Westen beflügelt. Seine neue Westpolitik ist jedoch nicht nur auf positive Resonanz gestoßen, sondern es gibt auch eine Reihe kritischer Stimmen in Washington, Paris und London, die seiner politischen Europa-Offensive mit begründeter Skepsis begegnen. Die Argumente, die hierbei ins Gewicht fallen, sind vor allem folgende:

Erstens diene die Eindämmungsstrategie der Breschnew-Doktrin bisher dazu, die Osteuropäer in Schach zu halten, so kann jetzt die Politik zum Bau eines „gemeinsamen europäischen Hauses“ als Gorbatschows Doktrin gelten, die Amerikaner in Europa einzudämmen, wenn nicht gar langfristig aus der Alten Welt zu verdrängen. Es wird nach Auffassung skeptischer Stimmen bewußt von seiten Moskaus versucht, einen Keil in das atlantische Bündnis zu treiben. Vor allem ist völlig unklar, ob den außereuropäischen Mächten USA und Kanada, die politisch und militärisch auf dem Alten Kontinent engagiert sind, eine Rolle in einem „europäischen Haus“ zugedacht wird. Trotz Gorbatschows mehrfacher Beteuerungen, daß die USA und Kanada natürlich ihren Platz im

„europäischen Haus“ hätten, ist ungewiß, welchen Part die Amerikaner bei der Konstruktion dieses vorerst abstrakten Wohnkomplexes übernehmen werden, wer die Regeln des Zusammenlebens bestimmt, wie die Eigentumsverhältnisse und die Kontaktmöglichkeiten zwischen den einzelnen Parteien beschaffen sein sollen und letztlich, welche Sicherheitsvorkehrungen existieren. Vorerst gleicht das „europäische Haus“ einer Wohnidylle mit Mauer und Stacheldraht im Garten, zieht sich ein „tiefer Graben durch ein gemeinsames Wohnzimmer“, wie Bundespräsident Richard von Weizsäcker im Juli 1987 gegenüber Michail Gorbatschow bemerkte, sind Scharfschützen und trainierte Schäferhunde in den Kellerräumen und sowie Besuchssperren verhängt.

Zweitens kann die „Europäische Haus“-Idee dahingehend interpretiert werden, ein Versuch zu sein, die Einigungsbestrebungen der Westeuropäer zu durchkreuzen, ihren Elan, eine politische Union, in letzter Konsequenz sogar die Vereinigten Staaten von (West-)Europa, einen Bundesstaat mit außenpolitisch souverän handlungsfähiger Exekutive schaffen zu wollen, zu bremsen. Ohne Zweifel ist Westeuropa in den 80er Jahren wirtschaftlich stärker und politisch selbstbewußter geworden. Die Süderweiterung der EG sowie Anträge neutraler Staaten sind in absehbarer Zeit zu erwarten, das europäische Währungssystem, die Liberalisierung des Kapitalverkehrs innerhalb der Gemeinschaft und die großen Schritte in Richtung auf einen europäischen Binnenmarkt 1992 zeigen eine neue westeuropäische Dynamik. Während am Anfang des Jahrzehnts sich Pessimismus über die angebliche Eurosklerosis ausbreitete, und die Europäer angesichts der rapiden technologischen Entwicklungen der internationalen Märkte zu verzagen drohten, ist am Ende der 80er Jahre Europhoria zu verspüren. Die Wiederbelebung der WEU, die Möglichkeit, diese zu einem zweiten europäischen Pfeiler innerhalb der NATO zu erheben sowie der Ausbau der deutsch-französischen Sicherheitspartnerschaft sind Ausdruck eines zunehmenden europäischen militärischen Selbstbewußtseins. Soll man wirklich glauben, daß die Sowjetunion sehenden Auges bereit sein könnte, das Zusammenwachsen der seit dem 2. Weltkrieg weitgehend entmachteten Staaten Westeuropas zu einer modernen Supermacht von größerer Wirtschafts- und Militärkraft hinzunehmen? Ein wirtschaftlich reiches, politisch und militärisch jedoch ohnmächtiges Westeuropa unter amerikanischer Hegemonie ist und war für Moskau unbedenklich. Aber Westeuropa als geeinte, aus eigener Kraft handlungsfähige Einheit in unmittelbarer Angrenztheit zu den Warschauer-Pakt-Staaten, wo schleichende Desintegrationsprozesse nicht mehr zu vermeintlichen sind, während gleichzeitig der Aufstieg Chinas und erst recht Japans immer mehr Aufmerksamkeit erfordert, scheint doch eher ein Alptraum für Gorbatschow zu sein. Der Blick auf Gesamteuropa soll die Westeuropäer ablenken.

Drittens vermuten westliche Diplomatenkreise im State Department und im Quai d'Orsay, daß sich hinter der neuen Europapolitik des Kreml auch eine neue Deutschlandpolitik verbirgt. Bestenfalls ging es Moskau darum, Bonn zu einer unabhängigeren Politik gegenüber Washington und zu engeren Beziehungen mit der Sowjetunion zu bewegen – freilich nicht ohne interessante Angebote. Im schlechtesten Fall sei die Neueröffnung der deutschen Frage zu erwarten, um durch eine Neutralisierung der Bundesrepublik zugleich auch eine völlige Integration Westeuropas zu verhindern. Anlaß zur Besorgnis gaben in letzter Zeit sowjetische Deutschlandkenner selbst, als sie offenherzig über eine deutsche Wiedervereinigung sprachen, getarnt in der Metapher vom „europäischen Haus“ mit vorerst zwei entmilitarisierten deutschen Wohnungen oder übe-

dynamische Veränderungsmöglichkeiten der Berlin-Status. Der heutige Nowosti-Chef und ehemalige sowjetische Botschafter in Bonn, Valentin Falin, stellte zum Beispiel im September 1987 in einem ZDF-Interview den aktuellen Berlin-Status zur Disposition, was niemanden außer den DDR-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker auf den Plan rief. Wesentlich pointierter fiel im gleichen Monat und Jahr die Bemerkung des sowjetischen Diplomaten bei der UNO in Genf, Graf Stanislaw Tschernjajewsk aus, als dieser vor Militärpfarrern der NATC euphemistisch erklärte: Ich glaube, daß diese Mauer bald nicht mehr existieren wird. Sie hat ihre letzten Tage erreicht. Erst zwei Wochen später, wahrscheinlich nach hartnäckiger Bittstellung Ost-Berlins, sah man sich in Moskau genötigt, durch den Sprecher des Außenministeriums, Gerasimow, die Äußerung Tschernjajewskis lapidar als zukunftsorientiert zu kommentieren.

Die verlockendsten Bilder über die Zukunft Deutschlands zeichnet allerdings der ZK-Konsultant Portugalow, früher Nowosti-Korrespondent in Bonn: Der weitere Bau und die Fertigstellung des gemeinsamen europäischen Hauses würden Möglichkeiten eröffnen, die, wie ich meine, die Bundesrepublik erfreuen sollten... Man kann sich unsicher vorstellen, daß die Bewohner der beiden — souveränen und unabhängigen — deutschen Wohnungen, wenn auch jeder auf seine Art leben würden, doch miteinander enge Beziehungen unterhalten könnten, um so mehr, als sie ja die gleiche Sprache sprechen. Und dann würde auch die Zeit kommen, die Wohnungen im Mittelteil des Hauses endlich von fremden Militärquartieren zu befreien. Die diesjährige Neugründung des Europainstituts der Akademie der Wissenschaften in Moskau, unter der Leitung von Witalij Shurkin, soll nicht nur Gorbatschows Grand Design für ein „europäisches Haus“ mit konkreten Vorschlägen aufarbeiten, sondern gleichzeitig auch eine neue Deutschlandpolitik entwickeln.

Und die Sowjets dürfen nicht zu lange mehr damit warten, denn im Gefolge der für 1992 geplanten Schaffung des europäischen Binnenmarktes könnte sehr schnell der „point of no return“ für die Verschmelzung der Bundesrepublik mit den übrigen EG-Staaten erreicht und überschritten sein. So müßte sich Moskau also in absehbarer Zeit dazu durchringen, auch wenn eine Preisgabe der DDR als strategische Bastion faktisch zusätzlich den Verlust unmittelbarer Kontrolle über Polen und die Tschechoslowake nach sich ziehen würde. Dem stünden jedoch aus sowjetischer Sicht als großer Gewinn gegenüber:

a) Das Herausbrechen der Bundesrepublik aus der sich anbahnenden politischen Integratio: und Union der EG-Staaten, z. B. durch die in Rahmen eines gesamteuropäischen Friedens abkommens zu garantierende militärische Neutralität Gesamtdeutschlands;

b) damit verbunden die Beendigung jede nennenswerten Militärpräsenz der Vereinigten Staaten auf dem europäischen Kontinent;

c) das Schrumpfen der EG mit ihrem für die Sowjets unerträglichen latenten Anspruch auf Zusammenfassung gesamteuropas westlich de Sowjetunion zu einer bloß westeuropäische: Gemeinschaft von beschränkter Macht um möglicherweise auch verkümmerten Instituti: onen;

d) praktisch völlige Entlastung von aller militärischen Problemen von Finnland bis zum Kaukasus durch eine Denuklearisierung Euro pas.

Viertens schließlich wird vor allem von amerikanischer Seite hervorgehoben, wie z. B. von den ehemaligen Außenminister Henry Kissinger und Cyrus Vance, daß Gorbatschow auf Entspannung ausgerichtete Europapolitik nur darauf ziele, mit westlicher Wirtschafts- und Technologiehilfe seine „Kommunistische Commonwealth“ zu effektivieren. In der Tat unter-

streichen Ausführungen wie diese des Moskauer Regierungsberaters Wjatscheslaw Daschtschew vom Mai dieses Jahres die amerikanischen Befürchtungen: Der Sozialismus hat sich bereits in eine unüberwindbare Kraft verwandelt. Darum ist es, unter dem Gesichtswinkel nicht nur der Wahrung des Friedens, sondern auch der Weiterentwicklung des Weltsozialismus gesehen, lebenswichtig, daß der Schwerpunkt des Kampfes für den sozialen Fortschritt aus dem Bereich der zwischenstaatlichen Beziehungen zwischen der UdSSR und dem Westen erneut in den Bereich der inneren sozialpolitischen Entwicklung der Sowjetunion, der sozialistischen Länder sowie der Staaten des Westens und der „Dritten Welt“ verlegt wird... Die Bedeutung dieser Leninischen Idee in vollem Umfang wiederherzustellen. (Literaturnaja Gazeta, 18.5.88)

Solange es Moskaus Ziel bleibt, den Weltkommunismus weiterzuentwickeln, empfehlen amerikanische Kongreßabgeordnete wie z. B. der demokratische Senator Bill Bradley, ihren europäischen und deutschen Kollegen, statt einen „Marshallplan“ für den Osten zu propagieren, sich mehr für Investitionen in den jungen Demokratien Portugal und Spanien einzusetzen. Für die USA selbst ist und bleibt das Geschäftemachen mit dem Osten ja seit eh und jeh vom Korb III der KSZE, d. h. von Fortschritten in den Menschenrechtsfragen abhängig.

III

Kann man dem Kommunisten Michail Gorbatschow, der behauptet „wir brauchen Demokratie wie die Luft zum Atmen“ noch als „Barabaren“ bezeichnen? „Nein, Gorbatschow macht eine Rückkehr zur Tyrannei nicht mehr möglich“, versichert der bekannte Dissident Milovan Djilas. Gorbatschows Konzept der Freiheit der Wahl für die Völker, seine Anerkennung nationaler Selbständigkeit und Unabhängigkeit sowie seine Relativierung des Klassenkampfgedankens durch den Vorrang allgemein menschlicher Werte machte das Beharren auf jenen Feindbildern, denen die Unwandelbarkeit totalitärer Systeme zugrunde liegt, unglaubwürdig. „Gewiß wäre es eine Illusion zu erwarten, daß die Sowjetunion morgen ein Staat nach westlichem Muster würde. Ihr die Chance, die Aufrichtigkeit ihres Willens zur Veränderung unter Beweis zu stellen zu verwehren, wäre jedoch nicht fair.“

Aber zum „Friedensengel“ will der Westen, allen voran die Amerikaner, Gorbatschow nun auch nicht küssen. So karikierte der Harvard-Professor und mögliche Sicherheitsberater in einer Dukakis-Administration, Joseph Nye, die Beziehungen zwischen den beiden Großmächten: „The superpowers sleep in the same bed, but they still dream different dreams.“ Auch Richard Nixon, der als erster amerikanischer Präsident in der Nachkriegsphase die Grundsteine für eine wirkliche Entspannungspolitik mit der Sowjetunion legte — die Moskau allerdings nicht lange zu schätzen wußte — mahnt in seinem neuen Buch „1999: Victory Without War“ im Umgang mit dem sowjetischen Generalsekretär zur Vorsicht: „Gorbachev is the antithesis of the bearded Bolshevik, but he still believes Communism is the wave of the future.“ So wie Nixon denken nicht nur die jetzigen amerikanische Administration, sondern auch Frankreichs Sozialisten und Englands Konservative.

Nur in Bonn gerät man neuerdings ins Schwärmen, denkt man an Rußland. Vergessen ist des Kanzlers ungewollt peinlicher Vergleich Gorbatschows mit Goebbels. Der Besuch des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker in die Sowjetunion im letzten Jahr schlug in den deutsch-sowjetischen Beziehungen ein neues Kapitel auf und bereitete gleichzeitig das Terrain für die diesjährige Moskau-Reise Helmut Kohls. Im Vorfeld der Kohl-Visite verkin-

dete des Kanzlers außenpolitischer Berater Teitschik, daß das Gesamtklima jetzt so gut sei wie noch nie, daß das Verhältnis zwischen Ost und West eine ungeheure Dynamik zeige. Während der Vorreise des Außenministers in die sowjetische Hauptstadt war zu vernehmen, daß Gorbatschow und Genscher äußerten, dem deutsch-sowjetischen Verhältnis komme eine „Schlüsselrolle“ für die Beziehungen innerhalb Europas und insgesamt zwischen Ost und West zu, daß Schewardnadse, zufrieden über den Verlauf der Unterredung mit seinem Bonner Kollegen, sagte: „In Europa findet man allmählich eine einheitliche Sprache.“

Geben nicht gerade solche Annäherungsversuche zwischen Bonn und Moskau, angereichert durch Szenarien eines entnuklearisierten Europa von Polen bis Portugal oder auch vom Atlantik bis zum Ural, eines Europa der atomaren Abrüstung und der konventionellen, nichtoffensiven Verteidigung, immer wieder Anlaß zur Beunruhigung, in Washington, Paris, London oder Rom? Ist es nicht das konsequente Werben um die Bundesrepublik Deutschland, das es zwar schon zu Zeiten Chruschtschows und Breschnews gab, das aber heute unter Gorbatschows Angebotspolitik eines gesamteuropäischen Hauses und der realen Möglichkeit einer Wiedereröffnung der deutschen Frage eine neue Brisanz erhalten hat, was die Freunde Bonns skeptisch stimmt? Die Befürchtung, nicht mehr nur die Grünen, sondern mittlerweile breitere Kreise in der Bundesrepublik könnten einem sowjetischen Neutralitätsangebot verbunden mit der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten nicht widerstehen, ist nicht ganz absurd, wenn man bedenkt, daß die CDU im Vorfeld ihres diesjährigen Parteitages im Frühjahr 1988 ausgiebig z. B. darüber diskutierte, ob man „Wiedervereinigung“ nur mit oder notfalls auch gegen die westlichen Partner anstreben und durchsetzen sollte. Rechtskonservative Politiker lassen in letzter Zeit ihrer nationalen Gesinnung immer freieren Lauf: z. B. Lummer („Neutralität Deutschlands als Preis für eine Wiedervereinigung“), Friedmann („Einheit statt Raketen: Thesen zur Wiedervereinigung als Sicherheitskonzept“), Todenhöfer („Wiedervereinigung vor der Einheit Europas“) oder Verteidigungsminister Scholz, der die Einheit der Nation als oberste Priorität bezeichnet und der stolz in einem Spiegel-Interview erklärte: „... die Einheit der deutschen Nation gehört zu den wichtigsten Elementen und Reichthümern Europas und seiner Identität“ (Nr. 28, 1988).

Daß Gorbatschow vertrauenswürdiger und beliebter in West- als in Ostdeutschland ist (was für ihn spricht!), beweisen auch die jüngsten Meinungsumfragen des Allensbacher Instituts. Alarmierend für die europäischen Nachbarn müssen jedoch jene Zahlen sein, die auf ein wachsendes Akzeptanzproblem gegenüber der Verteidigung hinweisen. Für eine einseitige westliche Abrüstung waren im August 1987 50 Prozent der Bundesbürger (Mai 1982 35 Prozent), dagegen nur 28 Prozent. Auf die Frage, ob Bonn weiter eng an der Seite Amerikas stehen soll, antworteten im Dezember 1987 32 Prozent mit Ja (November 1980 56 Prozent), 44 Prozent befürworteten jedoch eher eine Politik der Neutralität zwischen den beiden Großmächten USA und UdSSR.

Diese seit Anfang der 80er Jahre schleichenden Veränderungen im Bewußtsein vieler Deutschen zeugen von einem zunehmenden Unbehagen gegenüber der Konzentration von Waffen und Soldaten auf engstem Raum im Herzen Europas. Wer traut sich zu, die Deutschen etwa davon zu überzeugen, daß in einem allgemein entspannten Ost-West-Klima einhergehend mit weiterlaufenden Abrüstungsgesprächen ausgerechnet die Deutschen neue Waffen im Rahmen der Modernisierung der Mittelstreckenraketen stationieren sollen, um damit gleichsam als potentielle „Brandmauer“

zu fungieren? Die makabere These „Je kürzer die Reichweiten, desto toter die Deutschen“ trifft die innere Befindlichkeit vieler Bundesbürger. Sie sehen sich durch alliierte Waffen und Militär auf ihrem Territorium fremdbestimmt, abhängig und gefährdet. Darin liegt potentieller Zündstoff für die Allianz. Gestärkt werden solche Tendenzen freilich durch amerikanische Studien wie „discriminate deterrence“, die die nukleare Abkopplung der USA vom europäischen Kriegsschauplatz nahelegen und das nukleare Risiko den Europäern alleine aufzubürden scheinen. Ist es nicht verständlich, daß in einer solchen Lage die Deutschen nach neuen Optionen für die Sicherheit — ohne die USA — suchen, so unrealistisch dies vor dem Hintergrund der Erfahrungen der Nachkriegsgeschichte auch sein mag? Ist es nicht verständlich, daß sie der sicherheitspolitischen Verführung mit vielleicht auch nationalen Verheißungen, unter das vermeintlich sichere Dach eines „europäischen Hauses“ zu schlüpfen, nicht widerstehen wollen? Könnte nicht eine grundlegende politische Neuordnung unter Abzug der Truppen der Großmächte aus Mitteleuropa einen Zustand besser gesicherten Friedens für ganz Europa schaffen? Sarkastisch verfolgte diesen Gedanken jüngst auch der angelsächsische Historiker Gordon A. Craig auf dem 15. Frankfurter Römerberg-Gespräch, als er die Frage stellte, was denn die Europäer wohl täten, wenn die „Barbaren“ in Ost und West, die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten, sich aus Mitteleuropa einfach zurückzögen?

Sowenig Illusionen hinsichtlich Gorbatschows „neuem Denken“ angebracht sind, so wenig ist die panische Suche nach den verlorenen Feindbildern zeitgemäß. Der Westen steht heute besser da denn jemals zuvor. Nicht sein Nuklearwaffenarsenal hat den Osten beeindruckt, sondern seine Ideale von Freiheit, Demokratie und Menschenrechten. Sie haben sich gegenüber kommunistischen Dogmen als stärker erwiesen. Der Beweis ist die unaufhaltsame Reformrevolution im ganzen Osten. Wenn sie ohne Blutvergießen gelingt, dann würde ein neues Kapitel der Menschheitsgeschichte aufgeschlagen, dann könnte Gorbatschows russischer Traum vom „gemeinsamen europäischen Haus“ das Grand Design für eine europäische Wirklichkeit im 21. Jahrhundert werden.

Vorerst aber gilt es, an drei für Westeuropa lebenswichtigen Aufgaben weiterzuarbeiten. Die erste Aufgabe besteht darin, die gemeinsamen politischen Grundlagen des Bündnisses zwischen Westeuropa und den USA zu pflegen. Die Kraft und die damit verbundene Stärkung westlicher Gemeinsamkeit, die historische, politische und kulturelle Verbindung zwischen

Europa und Amerika, waren die Grundpfeiler des seit 40 Jahren bestehenden „transatlantischen Hauses“. Dies mutwillig heute aufgeben zu wollen, wäre töricht. Schließlich ist Amerika, einst aus den Idealen der europäischen Aufklärung geboren, auch eine europäische Macht. So erklärte mit größter Selbstverständlichkeit und Unaufgeregtheit auch der stellvertretende Botschafter bei der NATO, John Kornblum, als er noch US-Gesandter in Berlin war: „Wenn der Westen klar und einig ist, dann kann man ruhig in einem „gemeinsamen europäischen Haus“ wohnen. Wir sind auch eine europäische Macht, wir sind auch ein europäisches Volk. Wir fühlen uns hier in Europa zu Hause“ (26. 4. 1987).

Die zweite Aufgabe beinhaltet, neben der atlantischen Freundschaft, die politische, wirtschaftliche und vor allem militärische Selbstbehauptung Westeuropas voranzutreiben — nicht zuletzt auch, um der von den Amerikanern selbst ersehnten finanziellen Entlastung auf dem Alten Kontinent Rechnung zu tragen. Die West-Europäer, fordert der Direktor des Londoner Instituts für Strategische Studien, François Heisbourg, „sollten damit beginnen, so zu handeln, wie es ihnen ansteht: als eine Gemeinschaft von 320 Millionen Menschen, die mehr produzieren als die Vereinigten Staaten und zweimal soviel wie die Sowjetunion oder Japan, als eine Gemeinschaft, die sich in einer guten Ausgangslage befindet“. Das gilt auch für den Aufbau einer westeuropäischen, nuklear abgestützten Verteidigung mit eigener Abschreckungskapazität, die morgen zur zweiten Stule einer reformierten NATO werden könnte. Ein Ansatz für die langfristige Europäisierung der französischen Nuklearwaffen könnte bereits in den Vereinbarungen über eine deutsch-französische Sicherheitspartnerschaft aus den letzten Jahren liegen. Französische Sicherheitsgarantien sind für die Bundesrepublik von enormer Wichtigkeit, weil sie die deutsche Anfälligkeit gegenüber sowjetischen Sicherheitsofferten wirksam verhindern können. Freilich, mit Schritten zu einer Europäisierung des britischen Nuklearpotentials ist nach den jüngsten antieuropäischen Äußerungen der Londoner Regierungschefin definitiv erst in einer Post-Thatcher-Ära zu rechnen.

Die dritte Aufgabe schließlich ermöglicht es den Europäern, Abschied zu nehmen von ihrem „Barbaren-Feindbild“ und eine Politik der systemöffnenden Kooperation mit dem Osten im Rahmen des KSZE-Prozesses zu intensivieren. „Es ist in der Tat unter keinem Gesichtspunkt einzusehen“, betonte Außenminister Genscher jüngst in Potsdam, „warum die Menschen Mittel- und Osteuropas, die ja nicht geringere Fähigkeiten haben als diejenigen in den ande-

ren Teilen Europas, unter der Voraussetzung eines modernen Wirtschaftssystems nicht ähnliche Ergebnisse erzielen sollen wie wir. Diese Möglichkeit darf der Westen nicht als Gefahr, er muß sie als Chance begreifen, als Chance für den Aufbau einer europäischen Friedensordnung, aber auch als eine Chance für die eigene Wirtschaft.“ Ferner ist angesichts der großen Herausforderungen der Zukunft — Umweltkatastrophen, Energieversorgung, Bevölkerungsexplosion, Unterentwicklung —, die zunehmend auch eine strategische Bedeutung erlangen, eine engere Zusammenarbeit zwischen Ost und West unerlässlich geworden.

All diejenigen, die den KSZE-Prozess zu einer Spielwiese der Europäer degradieren, haben nicht verstanden, daß die KSZE-Schlußakte von Helsinki (1975) das wichtigste historische Dokument der europäischen Nachkriegspolitik ist:

a) weil es als die Charta der europäischen Friedensordnung gelten kann;

b) weil es bei konsequenter Implementierung der Prinzipien der drei Körbe der einzige realistische Prozeß zur Überwindung der Teilung Europas ist;

c) weil es eine gemeinsame und kohärente westliche Ostpolitik ermöglicht;

d) weil im Zuge des großen Reformierungs- und Modernisierungsschubs von Wirtschaft und Gesellschaft im Osten die Europäer die Chance haben, sich als Lerngemeinschaft zu begreifen; und

e) schließlich, weil die KSZE-Akte als Grundstein für ein „gemeinsames europäisches Haus“ und ihre Prinzipien als Impulse für eine Herausforderung dienen können.

In der Tat wurde der Weg zur KSZE-Schlußakte von Helsinki Anfang der 70er Jahre durch die Ost- und Westverträge der sozial-liberalen Koalition unter Kanzler Willy Brandt gebahnt. Rückblickend kann man feststellen, daß der KSZE-Prozeß nichts anderes ist als die Erfüllung der klassischen außenpolitischen Maxime der Ära Brandt: Wandel durch Annäherung. Hatten 1975 die Amerikaner Bedenken, daß die KSZE die NATO langsam, aber sicher auflösen würde, dann sieht es heute eher so aus, als ob die KSZE den Warschauer Pakt aufweicht. Der Bau eines „gemeinsamen europäischen Hauses“ auf der Basis des KSZE-Prozesses könnte die Chance der Europäisierung der Sowjetunion und Finnlandisierung Osteuropas eröffnen. Die Idee vom allmählichen Wandel zur Freiheit ist nicht mehr aufzuhalten.